

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2007



Herausgeber, V.i.S.d.P
Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution
700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur
Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren
Nils Augustin, Anno Blissenbach, Jan Valentin Deichsel, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Markus Löning, Peter Lundkowski, Katja v. Maur, Peter Pawłowski, Frauke Sander, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe
Kai Gersch, David Issmer, Antje Pieper, Mieke Senftleben, Bettina v. Seyfried, Daniela Zehentner

Leserbriefe
Peter Altmiks, Peter Lundkowski, Dagmar Sunkel

FDP in Mitte im Internet
www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung
FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung nur ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2007
www.liberal-central.de

Liebe Parteidienstleistungen und Parteidienstleiter in Berlin-Mitte,

die Weihnachtszeit ist angebrochen, in deutschen Wäldern sammeln die Menschen Tannenzweige und Tannen (das mit dem sauren Regen kam zum Glück dann doch nicht so schlimm wie angekündigt), mit vor Kälte geröteten Wangen (das mit dem Klimawandel kommt leider nicht so zügig wie von vielen erhofft), in den Stuben werden die roten Kerzen entzündet (passt farblich zur regierenden Koalition in Berlin, alles brennt langsam wohlgefällig ab und löst sich in Nichts auf), und aus den Küchen dringt der Duft frisch gebackenen Backwerks.

Zu diesem Stichwort mag dem Leser dabei der in unserem FDP-Landesverband erfrischend verbreitete Wille in den Sinn kommen, sich auf dem Landesparteitag im kommenden April einen optimalen Landesvorstand zu backen. Derzeit wird am Herd (und in Liberal Central) über die Zutaten diskutiert, und als zukunfts-optimistische Liberale sollten wir zuversichtlich sein, dass die Delegierten am Ende ein kulinarisches Meisterwerk schaffen. Für die literarisch Interessierten mag es dabei in den Weihnachtsferien eine besondere Freude sein, Standardwerke aus Politikwissenschaft, Soziologie, Arbeits- und Organisationspsychologie sowie Marketing auch mal als Kochbuch zu verstehen.

Mit solcherlei Zukunftsoptimismus kann man sich dann auch ganz entspannt in die Saison der Weihnachtsfeiern begeben, mit netten Parteidienstleistungen und Parteidienstleiterinnen ein Gläschen Glühwein oder Jägertee trinken und über das Leben im Allgemeinen und im Liberalen plaudern.

Es war mir ein Vergnügen und eine Ehre, auch im Jahr 2007 für Sie Liberal Central machen zu dürfen. Ich wünsche Ihnen allen eine wunderbare Weihnachtszeit und ein glückliches, erfüllendes und erfolgreiches Jahr 2008.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Und nehmen Sie sich in Acht vor denen mit den zerknirschten Gesichtern. Das meiste Unrecht geht auf dieser Welt von denen aus, die nicht lachen können.

Hans-Dietrich Genscher

Lagebericht des Vorsitzenden

Mehr Bürgerinnen und Bürger für liberale Politik gewinnen

von Henner Schmidt

Liebe Leserinnen, liebe Leser, dies ist die letzte Ausgabe des LC im Jahr 2007. Langsam macht sich Adventsstimmung breit. Während Sie sich auf die bald anstehende ruhige Zeit über die Feiertage freuen, lassen Sie uns ein bisschen über die Zukunft der Stadt gemeinsam nachdenken.



Berlin steht sehr gut da wenn man seine Zukunftspotenziale betrachtet. In den Rankings für kreatives Potenzial, neue Ideen aus der Forschung und bei der Toleranz und Offenheit im Umgang miteinander nimmt Berlin Spitzenplätze ein. Gleichzeitig schneidet Berlin aber leider überall dort schlecht ab, wo es um die wirtschaftliche und soziale Situation im Vergleich zu anderen Städten geht.

Kein Wunder: Der rot-rote Senat und sein schwarz-roter Vorgänger haben so gut wie nichts unternommen, die Potenziale unserer Stadt zu mobilisieren, damit es ihr endlich auch wirtschaftlich besser geht. Die bestehenden positiven Beispiele sind fast immer Ergebnis des herausragenden Engagements Einzelner, nicht der Regierungspolitik.

Die soziale Spaltung der Stadt hat sich in den letzten Jahren verschärft, nicht obwohl, sondern gerade weil der Senat Sozialpolitik (immer nur) als ein Programm für kurzfristige Reparaturmaßnahmen versteht. Das knappe Geld wird in immer mehr Projekte umverteilt, statt dafür zu sorgen, dass es insgesamt für alle mehr zu verteilen gibt.

Die FDP hat zu dieser Politik ein Kontrastprogramm: Wir setzen uns dafür ein, dass aus den Ideen und Forschungsergebnissen und dem großen kreativen Potenzial auch neue Firmen und Arbeitsplätze entstehen. Wie setzen uns dafür ein, dass mehr engagierte Menschen und mehr Unternehmen zu uns kommen, damit die Stadt wächst und endlich mehr Dynamik entwickelt. Wir finden uns nicht mit der derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Situation ab, sondern wollen sie verändern. Dafür müssen wir

auch die anderen Oppositionsparteien erst noch gewinnen, denen oft die Ruhe im Kiez wichtiger ist, als neuen aufregenden und unkonventionellen Ideen und Initiativen Raum zu geben.

Um möglichst viel zu erreichen und deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger für liberale Politik zu gewinnen, müssen wir nicht nur unsere Konzepte inhaltlich weiterentwickeln, sondern auch klarer, regelmäßiger und intensiver nach außen kommunizieren. Außerdem sollten wir unsere Organisation weiter optimieren, um auch außerhalb von Wahlkämpfen kampagnenfähig zu werden. Viel mehr Berlinerinnen und Berliner sollen verstehen, was liberale Politik ihnen konkret bieten kann, um ihr eigenes Leben zu verbessern.

Ich hoffe, dass die Frage, wie wir uns als Partei in diesem Sinne besser aufstellen können, in der laufenden Diskussion über den nächsten Landesvorstand eine wichtige Rolle spielen wird. Wir sollten die Kandidatinnen und Kandidaten auffordern, ihre Ideen darzustellen, wie wir in diesen wesentlichen Punkten weiter kommen können. Wichtig ist mir, dass wir weniger über Personen und mehr über Visionen, Lösungen und konkrete Handlungsansätze reden.

Beide Kandidaten für den Landesvorsitz werden diese Diskussionen mit Fairness und gegenseitigem Respekt führen. Es ist sehr zu hoffen, dass auch deren jeweilige Anhänger sich an diese Verpflichtung gebunden fühlen, dann können wir als Partei viel gewinnen. Auch das LC wird Raum für Diskussionen bieten. Nachdem in der letzten Ausgabe Frau Thein die Lage kommentiert hat, folgt diesmal Kai Gersch MdA mit seiner Sicht der Dinge.

Nun sollten Sie aber die Zeit der Feiertage genießen und sich erholen. Für Sie selbst und Ihre Familien wünsche ich Ihnen einen guten Start in das Jahr 2008. Vielleicht fällt Ihnen zusammen mit den anderen guten Vorsätzen für 2008 auch etwas ein, das Sie selbst tun können, um Berlin im nächsten Jahr voran zu bringen oder in Ihrem Umfeld etwas zu verbessern.

Und noch etwas: Vergessen Sie bitte nicht, für Tempelhof zu unterschreiben. Dies können Sie in jedem Bürgeramt zu den üblichen Öffnungszeiten tun. Auch das ist ein kleiner Schritt, um Berlin besser zu machen.

*Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Teure Energie

von David Issmer

Kein Wunder, dass E.on-Chef Bernotat mit seinem Zitat „Strom ist eigentlich viel zu billig“ vor kurzem wütende Proteststürme auslöste. Denn die Strompreise ziehen schon seit längerer Zeit deutlich an. Für Anfang kommenden Jahres haben die vier großen Energiekonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW noch einmal kräftige Strompreiserhöhungen angekündigt. Politiker und Verbraucherschützer werfen den Konzernen vor, ihre Marktmacht zu missbrauchen. Mittlerweile ermitteln auch die Kartellbehörden wegen verbotener Absprachen.

Die Energieriesen bestreiten all dies jedoch vehement und verweisen auf die Belastungen durch staatliche Abgaben und Steuern. In der Tat langt der Staat hier kräftig zu: Die Steuern und Abgaben auf den Strompreis haben sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt und machen mittlerweile rund 40% des Strompreises aus. Insbesondere die Stromsteuer und die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz treiben den Preis in die Höhe.

Der Kern des Problems besteht jedoch darin, dass die Verbraucher kaum Möglichkeiten haben, zu wirklich günstigeren Stromanbietern zu wechseln. Denn die vier großen Konzerne beherrschen rund 80% des deutschen Strommarkts, so dass echter Wettbewerb gar nicht erst entstehen kann. Ohnehin gibt es bei Strom praktisch keinen Qualitätswettbewerb, sondern allenfalls einen Preiswettbewerb. Echter Wettbewerb würde zu einer Selbstschädigung der Beteiligten führen. Daher brauchen die Konzerne gar keine Absprachen, um den Preis hoch zu halten. Leider gibt es aber auch deshalb zu wenig Markt, weil die Verbraucher derzeit noch nicht von den Möglichkeiten, die sie haben, entsprechend Gebrauch machen.

Nun wird von manchen gefordert, eine staatliche Preiskontrolle einzuführen oder die Konzerne gleich ganz zu zerschlagen. Auch eine eigen-
tumsrechtliche Trennung von Netz und Produktion wird diskutiert. Solche Maßnahmen wären



allerdings ein harter Eingriff in die Eigentumsrechte, der vermutlich jahrelange gerichtliche Auseinandersetzungen nach sich ziehen würde. Auch ginge eine solche Trennung zu Lasten der Investitionen in die äußerst kostspielige Netzausinfrastruktur. Durch die gewaltigen Investitionssummen der Konzerne gehören die deutschen Stromnetze zu den zuverlässigsten der Welt, Stromausfälle sind selten.

Vorzuziehen ist deshalb eine wirksame Preismissbrauchskontrolle und zugleich der Abbau von Marktzutrittsbarrieren für neue Anbieter. Auch die verstärkte Förderung eines europäischen Wettbewerbsmarktes für Energie würde zu mehr Wettbewerb führen. Eine Entflechtung kann zwar weiterhin nötig werden, sollte aber die „ultima ratio“ bleiben.

Ein ähnlich düsteres Bild wie bei der Stromrechnung zeigt sich auch an den Zapfsäulen der Tankstellen: Die Autofahrer müssen Rekordpreise von bis zu 1,45 Euro für den Liter Superbenzin zahlen. Über 60% des Benzinpreises sind dabei durch die Mineralölsteuer, die auch die Ökosteuer beinhaltet, und durch die Mehrwertsteuer verursacht. Dabei gibt es eine Besonderheit: Auch auf die Energiesteuer wird Mehrwertsteuer erhoben. Von den Verbrauchern wird also eine Steuer auf die Steuer, nämlich Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer, erhoben. Der Staat tankt stets kräftig mit: Bei einem Benzinpreis von 1,45 Euro pro Liter bekommt er rund 65 Cent Energiesteuer und rund 23 Cent Mehrwertsteuer.

Noch schlimmer sähe es beim Benzinpreis allerdings aus, wenn nicht der Euro gegenüber dem US-Dollar so stark an Wert gewonnen hätte. Das Öl wird auf Dollar-Basis eingekauft, weshalb für den Import weniger Euro aufzuwenden sind. Hätte der Euro seit Anfang diesen Jahres bis heute nicht um rund 15% gegenüber dem US-Dollar aufgewertet, wären die Preise an den Tankstellen in diesem Zeitraum pro Liter rein rechnerisch noch um weitere fünf bis sechs Cent stärker gestiegen. Dazu kann es bald kommen, sollte der Dollar wieder stärker werden. Sinkende Energiepreise sind mittelfristig wohl nicht zu erwarten.

David Issmer ist Schatzmeister des OV Gendarmenmarkt

Gastkommentar

Von Fahrrädern und Tausendfüßlern

von Kai Gersch

In der Berliner FDP wird nach langer Zeit wieder einmal heftig diskutiert. Neben Themen wie Strafmündigkeit von Kindern und Jugendlichen geht es vor allem um die Frage innerparteilicher Verkehrsmittel. Nicht etwa ein Tempolimit oder der CO₂-Ausstoß werden erörtert, sondern die Frage steht im Raum, ob ein Tandem geeigneter ist als ein Rennrad, um den Landesverband ins Ziel zu führen.

Die Teamchefs zählen ihre Pferdestärken und hoffen auf einen Vorsprung für ihre Mannschaft. In den Zuschauerrreihen und den Medien werden von selbsternannten Experten Kommentare verbreitet und die Stimmung angeheizt. Fans aus beiden Lagern erörtern Fragen wie: Ist das Tandem noch zu steuern? Ist das Rennrad seinen Preis wert und bleibt es besser in der Landesliga, weil es für den heimischen Rennstall unentbehrlich ist?

Mit etwas Kettenöl scheinen diese Fragen nicht gelöst zu werden.

In der abgelaufenen Wahlperiode wurde die FDP fast ausschließlich durch die Person von Martin Lindner wahrgenommen. Möglich wurde dies durch den personell schwach aufgestellten bürgerlichen Mitbewerber. Mit seinem rhetorischen Talent gelang es dem Fraktionsvorsitzenden, den Berliner Liberalen Stimme, Gesicht und Gewicht zu verleihen.

Jetzt hat es die FDP deutlich schwerer. Die CDU stellt sich der Öffentlichkeit neuerdings als kraftvolle Opposition dar. Und das nicht durch ausgefeilte Konzepte und bis ins Detail ausdiskutierte und intellektuell überzeugende Initiativen. Beispielhaft ist hier das Thema Flughafen Tempelhof: Mitte der neunziger Jahre war es die FDP, die allein für die Offenhaltung plädierte. Nun schwärmt die Union Tausendfüßlern gleich jedes Wochenende aus und trommelt für die Offenhaltung. Jede Unterschrift wird als Votum für die CDU und ihre Führungsmannschaft gewertet.



Über das Thema wird nur noch mit „sowie die FDP“ berichtet. Es ist eine Frage der Zeit, wann die Worte zwischen den Anführungszeichen ohne innerparteiliche Erneuerung verschwinden.

Um zukünftig im politischen Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können, benötigen wir eine deutlich größere Mobilisierung. Dazu bedarf es einer klaren strategischen Führung und deutlicher organisatorischer Verbesserungen.

Das vorhandene Potential an Wissen und politischem Sachverstand in den Orts- und Bezirksverbänden, die vielen Anregungen der Landesfachausschüsse gilt es in einen Rahmen zu bringen und für kurz- und längerfristige Kampagnen zu kanalieren, um als Partei endlich mehr Öffentlichkeitswirkung zu erzielen.

Die bisherige Praxis von netten und teils streitbaren Treffen ohne Folgen mögen dem Harmoniebedürfnis einzelner Parteifreunde entsprechen, werden uns aber keinen Millimeter im politischen Barometer nach oben bringen.

Angenehm moderierte Gesprächsrunden von Funktionären ohne eindeutiges und umsetzbares Ziel können politische Arbeit innerhalb der Partei zwar suggerieren, außerhalb aber wird niemand Notiz davon nehmen. Hier sind die wesentlichen Voraussetzungen für den zukünftigen Erfolg der Berliner FDP noch zu schaffen. Wir werden in dieser Stadt nur Gewicht bekommen, wenn die Partei Kompetenz, Intelligenz und Schlagkraft unter einer sichtbaren Führung mit optimierter Organisation vereint: in den Gremien, in den Bezirksverordnetenversammlungen und am Infostand in der Nachbarschaft.

Erst wenn ein Landesparteitag der FDP mit inhaltlichen Aspekten wieder mehr Aufmerksamkeit erhält als das Treffen eines x-beliebigen SPD-Ortsverbandes oder CDU-Kreisparteitages, sind wir in sicherem Fahrwasser.

Die Liberalen sind nicht nur aufgefordert, einen Vorsitzenden und einen Landesvorstand zu wählen. Jedes einzelne Parteimitglied wird sich zwischen einem „weiter so“ und dem Signal für einen überlebenswichtigen Wandel entscheiden müssen.

Kai Gersch MdA, Vorsitzender des BV Spandau

Zum Thema

Liberalisierungstendenzen in China

von Antje Pieper

Etwa 300 Millionen Festlandchinesen leben im östlichen „Speckgürtel“ Chinas in ungeheurem Entwicklungstempo, höchster Beweglichkeit, Buntheit und aktiver Lautstärke. Absoluter Lernwille von Schülern, Studenten und Eltern prägen die Gesellschaft. Im Schatten hingegen lebt das „andere China“ mit etwa 1 Milliarde Menschen eher im Westen, wo die Entwicklungen der letzten 15 Jahre noch nicht angekommen sind. Hier herrschen noch die 5000 Jahre alten Gesellschaftsvorstellungen aus der Kaiserzeit, in großen Teilen übernommen vom Kommunismus in anderem Gewande. „Großmächtigkeit“ heißt das Schlüsselwort für die Führungseliten des Landes, die auch heute die Chinesen auf gemeinsame Ziele einschwören, ein Führungsstil, der im traditionellen chinesischen Denken verankert ist.

Diese und viele andere Erkenntnisse bringt die 1. Frauendelegation im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin-Peking unter der Delegationsleitung von Carola von Braun von einer 14-tägigen Chinareise mit. 20 überparteiliche, berufserfahrene Frauen haben Bildungs- und Arbeitskonditionen und Medienpolitik in China mit den dortigen obersten Frauenverbänden diskutiert, um Netzwerke zu schaffen. Nun gilt es Fäden zu knüpfen, denn schon wird China von den typischen Problemen der Industriegesellschaft eingeholt. Mein Eindruck ist, dass die Erkenntnis der Probleme jedenfalls in der obersten chinesischen Entscheidungsebene zu Liberalisierungstendenzen in vielen Lebensfeldern führen.

Diese Liberalisierungstendenzen haben vielfältige Gründe: Sicherlich erfordern die globalen Wirtschaftsbeziehungen neue Öffnungen für andere Denk- und Handlungsweisen, außerdem ist mittlerweile die vierte Führungsgeneration nach Mao Tse Tung am Ruder, ihre Mitglieder haben teilweise im Ausland studiert usw. Dennoch: China wird uns Europäern noch lange undurchschaubar bleiben. Wir sollten die angebotene Kontaktbereitschaft der Pekinger Kontaktpartner/innen aufgreifen.

Medienrätin Antje Pieper ist Stellvertretende Vorsitzende des OV Tiergarten



Zum Thema

Kriminalität – nicht nur im Wedding

von Bettina v. Seyfried

Der Einblick in die Personalsituation der Berliner Polizei macht betroffen. Das Abspecken der Verwaltung hat u.a. bewirkt, dass Ganoven, Stehler, Hehler und noch Ärgeres nahezu freie Fahrt haben, ihrem dunklen Gewerbe nachzugehen. Kein Wunder, wenn sich kein Polizist für eingeschlagene Autoscheiben interessiert. Tätersuche? Sinnlos, zu wenig Personal, Pech gehabt. Es bleibt bei einer Bearbeitungsnummer.



Leider sind es auch gravierendere Straftaten, die die Polizei derzeit überfordern. Was können zwei tapfere Beamten ausrichten, die sich schutzlos einer Übermacht von zehn extrem rechts orientierten, gewaltbereiten Schlägern gegenüber sehen? Vierhundert Polizeibeamte begleiten die Nächte unserer Metropole. Künftig wird es jährlich drei Wochenenden ohne nächtliche Polizeipräsenz geben. Nicht nur bei uns im Wedding tobten die Bandenkriege, basierend auf Null-Bock-Mentalität, Frust-Zuständen, krimineller Energie, Neid und Missgunst oder - auf Verachtung. Sind wir zu naiv, die wirklichen Ursachen dieser Bedrohung der Einzelnen im Staat und des Staates als Ganzem zu erkennen?

Funktionieren unsere inneren Warnsignale nicht mehr, um zu geeigneten Maßnahmen zu greifen, die klar und deutlich machen, die Freiheit des Einzelnen endet an der Türschwelle, der Autotür oder deutlich vor der Handtasche des jeweils Anderen. Liberale müssen Position beziehen! Liberale müssen bereit sein, Wildwuchs einzudämmen – zu verhindern. Fest steht: Wir benötigen keine Polizisten, die in der Amtsstube Berichte abfassen, sondern Präsenz der Helfer für Recht und Ordnung im Straßenbild.

Die Gesellschaft muss erkennen, dass Hinsehen, Mitmachen, Eingreifen, ja Mut beweisen zwingende Voraussetzungen sind, die gesellschaftlichen Probleme hinter diesen Übergriffen zu lösen. Es muss etwas geschehen, bevor noch mehr geschieht!! Die FDP muss Flagge zeigen und die geltenden rechtlichen Voraussetzungen im Sinne einer freiheitlichen Gesellschaft aus schöpfen.

Dr. Bettina v. Seyfried (OV Wedding)

Aus dem Abgeordnetenhaus

Spieglein, Spieglein an der Wand – wer ist der Gerechte im ganzen Land?

von Mieke Senftleben

Die Berliner Märchentage sind vorbei – aber Rote, Schwarze und Grüne wetteifern weiter um mehr soziale Gerechtigkeit! Sie überbie-ten sich gegenseitig: Die Linke will generell einen Mindestlohn von über 8 Euro. Den Gewerkschaften reichen bereits 7.50 Euro. Die SPD hat sich bei der Post durchgesetzt. Allerdings war die Gegenwehr der CDU nur marginal. Die Grünen wollen Hartz IV auf 420 Euro hochsetzen. Und siehe da, selbst der Wahlkämpfer Wulff hat Sympathien für einen Mindestlohn – Nachtigall!



Und die FDP? Die schweigt oder besser, sie wird nicht gehört! Vielleicht auch nur zuviel Vernunft und zu wenig Märchen bei der FDP? In diese Diskussion gehört selbstverständlich auch unser Konzept zum Bürgergeld. Es lohnt sich über das Bürgergeld zu streiten, denn: (1) Der Sozialdschungel wird gründlich durchfors-tet, indem alle sozialen Leistungen aus einer Hand erbracht werden. (2) Es wirkt – im Ge-gen-satz zum Mindestlohn – beschäftigungsaktivie-rend, insbesondere im Niedriglohnbereich, und (3) wirkt es für alle gleich wie eine negative Ein-kommenssteuer.

Was ein Mindestlohn bringt, kann man seit 1996 in der Baubranche erkennen: 500 000 Arbeitslo-sse mehr und eine hohe Schwarzarbeiterquote! Mich nervt die Debatte um das Thema „Min-destlohn“ richtig, und ich bedaure es sehr, dass die FDP mit ihrem Konzept nicht richtig wahr-genommen wird. Die Einführung des Mindest-lohns halte ich grundsätzlich nicht nur politisch für fatal – ich finde es unerträglich wie die De-batte geführt wird und außerdem ist sie verlogen, denke ich hier an Herrn Wulff! Denn eines ist doch bereits heute klar wie dicke Tinte: Beim nächstens Bundestagswahlkampf geht es nur noch darum, wer den Wählern und Wählerinnen den höchsten Mindestlohn bietet, der hat ge-wonnen – und das alles unter dem Deckmäntel-chen der sozialen Gerechtigkeit!

Und jetzt wünsche ich Ihnen von Herzen eine schöne Weihnachtszeit und ein Gutes 2008!

Mieke Senftleben MdA (BV Reinickendorf)

Aus der Landespartei

Kinder, Schule, Zukunft!

von Markus Löning

Auf unserem Parteitag im nächs-ten April stehen wichtige Perso-nalentscheidungen an. Das soll uns aber nicht davon abhalten, unser Programm weiterzuentwickeln. Denn die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns politische Lösungsvor-schläge für ihre Probleme.



Der Landesparteitag am 11. und 12. April 2008 wird daher mit dem Schwerpunktthema „Kin-der, Schule, Zukunft!“ stattfinden. Wenige The-men bewegen die Bürgerinnen und Bürger so wie dieses. Wer selbst Kinder hat, weiß wie groß der Verbesserungsbedarf an den Berliner Schu-len ist. Übervolle Klassen, unmotivierte Schüler, marode Schulgebäude und überforderte Lehrer sind an vielen Berliner Schulen an der Tagesord-nung. Perspektivlosigkeit entlädt sich in Gewalt gegen Mitschüler und Lehrer. Wer von einer Berliner Hauptschule abgeht, hat fast keine Chance auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

Während an vielen Schulen Lehrermangel herrscht, verschwendet der rot-rote Senat für sein Lieblingsprojekt Einheitsschule 22 Mio. €. Dass dieses Konzept bereits jetzt gescheitert ist, zeigt das mangelnde Interesse der Schulen an der Pilotphase teilzunehmen.

Wir wollen zeigen, dass die Berliner Liberalen die besseren Konzepte für die Bildung unserer Kinder haben. Denn bessere Bildung bedeutet bessere Zukunftschancen.

Reichen unsere Antworten auf PISA oder IGLU aus? Fordern unsere Schulen die Begabten und fördern sie die Schwachen? Wollen wir, dass weiterhin Herkunft entscheidender für den Er-folg in unserem Schulsystem ist als Leistung? Ist das dreigliedrige Schulsystem zielführend oder haben wir andere innovative Konzepte? Befähigen die Schulen unsere Kinder dazu, ihr Leben eigenständig zu gestalten? Der Landesvorstand möchte Sie einladen, auf dem Parteitag Wege zu besseren Schulen in Berlin zu diskutieren.

Ich wünsche Ihnen ein friedliches und besinnli-ches Weihnachtsfest und uns allen ein glückli-ches und erfolgreiches Jahr 2008.

Markus Löning MdB (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender des LV Berlin

Berichte aus Mitte

Freie Schulwahl

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

Die Fraktion der FDP setzt sich für die freie Schulwahl in Berlin-Mitte ein. Den entsprechenden Antrag wurde in der letzten BVV-Sitzung von Peter Lundkowski eingebracht und in den Fachausschuss für Schule überwiesen. Das Ziel des Antrages ist die Aufhebung der Schuleinzugsbereiche in unserem Bezirk. Die hohe Anzahl der Eltern, die bereits jetzt ihre Kinder in die Schulen schicken, die außerhalb der eigentlichen Einzugsbereiche liegen, ist ein Beweis für die Notwendigkeit einer endgültigen Liberalisierung der zur Zeit geltenden Regelung. Man kann gespannt sein auf die Debatte, die im Fachausschuss und dann in der BVV geführt wird. Die SPD hat bisher alle Versuche der Liberalen, Schuleinzugsbereiche aufzuheben (auch in anderen Bezirken) verhindert. Auf der anderen Seite ist Mitte, der Bezirk, in dem die strenge Regelung aufgeweicht wurde.

Schließung der Jerusalem Kinder- und Jugendbibliothek – Der bevorstehende Umzug der Jerusalem Bibliothek in der Schulstraße (Wedding) in die Bibliothek am Luisenbad hat verständlicherweise für großen Unmut unter den betroffenen Kindern und deren Eltern gesorgt. Gerade vor dem Hintergrund der negativen sozialen Entwicklung im Wedding, muss die Entscheidung des Bezirksamtes bedenklich erscheinen. Die FDP hat als einzige Fraktion einen Antrag eingebracht, der die Schließung der Bibliothek verhindern soll. Im Rahmen der Beratung in dem Hauptausschuss und dem Jugendhilfeausschuss wurde der Umzug der Jerusalem-Bibliothek unter fachlichen und finanziellen Aspekten erörtert. Soll die Jerusalem-Bibliothek an dem alten Standort bestehen bleiben, wären 200 000 € nötig. Eine Summe, die angesichts der äußerst schwierigen Haushaltslage des Bezirkes nicht aufzutreiben ist. Es ist jedoch möglich, in der Kooperation mit dem Jugendamt und dem Quartiersmanagement, einen Standort im Haus der Jugend am Nauener Platz zu erreichen, wo den Kindern ein bestimmtes Angebot an Medien gestellt wird. Gleichzeitig würden die Kinder ein Ort bekommen, an dem sie lesen und ihre Hausaufgaben machen könnten, was zu Hause oft nicht möglich ist. Grüne und CDU haben unseren Antrag abgelehnt, mit der Begründung, er gehe nicht weit genug. Auf der anderen Seite jedoch, haben die besagten Fraktionen keinen Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht, um die

Jerusalem-Bibliothek an dem alten Standort bestehen zu lassen. Aus unserer Sicht, eine verantwortungslose und populistische Haltung. Der Antrag der FDP wird erneut am 12. Dezember im Hauptausschuss behandelt.

Wir sind ansprechbar über das
Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

BA debattiert sich selbst

Kurt M. Lehner für den Bezirksausschuss

Bei der erstmals von Philip Ehmann geleiteten BA-Sitzung am 3.12. beschäftigte der Bezirksausschuss sich nicht zuletzt mit sich selbst: Einerseits wurde diskutiert, ob es einen besseren Sitzungssaal gäbe als das Rathaus Turmstraße. Weder das Abgeordnetenhaus noch der ehemalige BVV-Saal in Wedding stehen noch zur Verfügung. Aber zur Abwechslung soll mal wieder in der Parochialstraße im äußersten Südostzipfel des Bezirkes getagt werden. Es entspann sich auch eine Diskussion, wie inhaltlich die Arbeit des Bezirksausschusses angekurbelt werden kann. Allgemein wurde angemahnt, Ideen und Themen einzubringen und auch unabhängig vor der Erstellung kompletter Anträge zu diskutieren. Auch die OVs wurden gebeten, wieder Anträge in den BA einzubringen. Anlass dieser Debatte war, dass die Mitglieder unserer BVV Fraktion aus terminlichen Gründen erneut nicht anwesend sein konnten, um über die Planungen auf dem ehemaligen Schultheiss-Gelände zu berichten, obwohl der BA-Sprecher sich frühzeitig um eine Terminabstimmung mit dem BVV-Fraktionsvorsitzenden bemüht hatte. Damit konnte ein wesentlicher inhaltlicher Tagungspunkt nur andiskutiert werden.

Die HLG hat ihre Kaufoption für das Schultheiss-Areal eingelöst. Die Position der FDP dazu war zunächst, dass dieses Projekt für diese Gegend zu groß sei und von den bereits dort ansiedelten Händlern als problematisch angesehen würde (Turmstraße, Karstadt-Nachfolger, Markthalle). Inzwischen ist die HLG besonders den denkmalpflegerischen Forderungen entgegengekommen. Laut brieflicher Mitteilung von Peter Pawlowski wird die BVV-Fraktion offen die verschiedenen Modelle diskutieren.

Liberale Kernthemen

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Die FDP Gendarmenmarkt veranstaltete am zweiten November-Dienstag eine Diskussionsrunde zum liberalen Kernthema „Onlinedurchsuchungen und Vorratsdatenspeicherung - der heimliche Blick des Staates im digitalen Zeitalter“. Die Computerexpertin Constanze Kurz, Mitglied des Chaos Computer Clubs und Wissenschaftlerin der Humboldt-Universität, erläuterte auf sehr eindringliche Weise beide Konzepte. Sie verwies in Ihren Ausführungen auf die Folgen des digitalen Eingriffs für Bürgerrechte und Privatsphäre.

Die Vermittlung liberaler Positionen demonstrierte auf eindrucksvolle Weise Dr. Martin Linder auf dem Liberalen Stammtisch der FDP Gendarmenmarkt Ende November. Der Fraktionsvorsitzende der FDP Abgeordnetenhausfraktion und seit neuestem Kandidat für den Landesvorsitz der Berliner FDP will es sich zum Ziel machen, die Kampagnenfähigkeit der Berliner Liberalen zu verbessern und die Außenwirkung der FDP in dieser Stadt signifikant zu erhöhen.

Terrorkrieg in Tiergarten

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Der internationale Terrorismus war im November das Thema des traditionellen Brunchs der FPD-Tiergarten. Unter dem Eindruck der neuen Sicherheitsgesetze erörterte Philipp Ehmann die Strukturen und Funktionsweisen moderner Terrorgruppen. Darüber hinaus ging er auf die Anforderungen für effektive Terrorismusbekämpfung jenseits der überhitzten öffentlichen Debatte ein. Sein Fazit lautete: Terrororganisationen haben sich in den letzten zwanzig Jahren stark verändert. Sie arbeiten autonom und finanzieren sich eigenständig. Durch ihr konspiratives Vorgehen sind sie daher schwerer auszuschalten. Für die Terrorbekämpfung folgerte Ehmann, dass zum einen mehr Wert auf klassische Ermittlungsarbeit gelegt werden muss. Planlose Informationsgewinnung durch Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchung hielt er hierfür ineffektiv. Darüber hinaus forderte er, vor allem die Vorbedingungen für Terrorismus ins Visier zu nehmen. Bildung, Demokratie und interkulturelle Verständigung hielt er dabei für ebenso wichtig wie eine genaue Überprüfung der Entwicklungshilfe.

Teamgeist in Wedding

Bettina v. Seyfried vom OV Wedding

Im OV Wedding sind die gewählten Vorsitzen-der/Stellvertreter umständehalber noch immer verhindert. Die Geschäfte werden dennoch geführt. Da der zweite Stellvertreter Christian Beck nach vollendetem Hausbau mit der ganzen Familie umgezogen ist, und die ehemalige Vorsitzende Bettina v. Seyfried beruflich orientiert derzeit nicht die nötige Zeit hat, alle Amtsge- schäfte umfassend zu führen, hat sich der im OV Wedding in den vergangenen Jahren etablierte Teamgeist voll entfalten können. Klein aber fein heißt unsere Devise. Auch wenn die Präsenz nicht immer an allen Fronten gewährleistet werden kann, sind wir optimistisch, uns auch weiterhin in gewohnter Weise in der FDP zu Wort zu melden. Eine weitere Veranstaltung ist bereits in Planung. Die Wiederholung der vergangenen Veranstaltung zur Kriminalitätsbe- kämpfung wäre angesichts der zurückliegenden Diskussion im LA – mit deutlich mehr Zulauf – zu überlegen. Wir freuen uns auf unsere Weih- nachtsfeier und schließen ein erfolgreiches und an Veränderungen reiches Jahr ab.

Menschen 2007

Daniela Zehentner vom OV Wilhelmstadt

Der Jahresrückblick des OV Wilhelmstadt hat viel zu bieten: Neue Gesichter, sanierte Haushaltssahlen und hochkarätige monatliche Mit- gliederversammlungen. Dabei hat der neu ge- wähltne Vorstand nicht nur die Bereinigung der Mitgliederdatei fortgesetzt, gleichzeitig konnten wir durch eine aktive Mitgliederwerbung die Mitgliederzahlen einigermaßen stabil halten.

Ein ereignisreiches Jahr fand am ersten Advent mit einem Brunch in der „Eins“ in gemütlicher Runde seinen Ausklang, ein schöner Einstieg in gesegnete Feiertage und eine gesundes und glückliches Jahr 2008.

Unsere Arbeitsgruppen sind weiter aktiv, „Kultur/Galerien“ (verantwortlich Susanne Lier- mann) traf sich zum Brainstorming-Treffen, „Infostände“ (verantwortlich Werner Hassepass) hatte einen Stand pro Volksbegehren Tempel- hof, „Clubs/Spandauer Vorstadt“ (verantwor- tlich Nils Augustin) traf sich zur Besprechung von Kampagnenstrategien und zu einem ver- gnüglichen Ortstermin im legendären „Mudd Club“ mit Betreiber Stephen Mass und Landes- vorstandsmitglied Alexandra Thein als Gast.

Personalien

(au) Rund 18 Jahre nach dem Fall der Mauer wollen sich die Schergen des **Walter Ulbricht** rächen: Der City-Flughafen Tempelhof, Symbol des freien Berlin und wichtiges Standortargument der Stadt, soll geschlossen werden, und der Darsteller in der Rolle des Regierenden Bürgermeisters, **Klaus Wowereit**, macht die ordnungspolitische Dummheit mit. Doch die Berliner wehren sich – die Bürgerinitiative „Interessen-gemeinschaft Berlin Tempelhof“ (ICAT) startete ein Volksbegehren für den Weiterbetrieb, in der ersten Stufe wurden 30.000 Unterschriften gesammelt (nötig waren 20.000), und in der zweiten Stufe wurden in den Bürgerämtern nach sieben Wochen schon über 100.000 Unterschriften gezählt (nötig sind 170.000 bis 14.02.2008). Die Berliner FDP, stets klar für Tempelhof eingetreten, hat volle Unterstützung für das Volksbegehren mobilisiert, unser AGH-Fraktionsvorsitzender **Martin Lindner** MdA und unser Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB (beide Steglitz-Zehlendorf) riefen die Berlinerinnen und Berliner zur Stimmabgabe auf, für den 17. November hatte der Landesverband den Ortsverbänden Kampagnenmaterial zur Verfügung gestellt. Vielerorts waren die Liberalen an jenem Tage vor den Bürgerämtern aktiv, im BV Mitte warb der OV Tiergarten vor dem Rathaus Tiergarten mit dem Ortsvorsitzenden **Michael Saß**, dem Stellv. Bezirksvorsitzenden und BVV-Fraktionschef **Piotr Pawłowski**, Bezirksschatzmeisterin **Katja v. Maur**, dem BA-Specher und Stellv. Ortsvorsitzenden **Kurt Lehner**, Ortsverbands-Schatzmeister **Michael Herrmann**, mit **Donald Tuckwiller** und dem Bürgerdeputierten **Debashish Bhaduri**. Die Resonanz war sehr positiv, insbesondere unter älteren Anwohnern oft geradezu begeisternd. Diese Erfahrung durfte am 23. November auch der OV Wilhelmstadt vor dem Bezirksamt Karl-Marx-Allee machen, wo **Werner Hassepass**, unser Luftfahrt-Experte **Arno Schödl** und der Stellv. Ortsvorsitzende und LC-Chefredakteur **Nils Augustin** zuletzt gar die Mitarbeiter des Ordnungsamtes zur Unterschrift überzeugen konnten.

(au) Nachdem aus unserer liberalen Fraktion im Abgeordnetenhaus in den vergangenen Monaten bereits **Sebastian Kluckert** MdA (Neukölln) und **Björn Jotzo** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf) mit beeindruckenden Plenarreden aufgefallen waren, hatte am 22.11. der Bezirksvorsitzende aus Mitte und stellv. Fraktionsvorsitzende **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt) das Vergnügen. Schmidt, der in der Fraktion u.a. für Umweltpolitik zuständig ist, wandte

sich wider umweltpolitischen Aktionismus als Selbstzweck: „Parallel dazu – hier sieht man wieder, wie die Grünen agieren – läuft Ihre Kampagne mit den Heizpilzen. Diese Kampagne hat doch vermutlich inzwischen mehr CO₂ verursacht, als ein Heizpilz ausstößt. Es ist kein Zufall, dass der Klimagiftpilz auf der Postkarte grün ist. Der sieht auch ein bisschen halluzinogen aus. Könnte es sein, dass Sie mit diesen halluzinogenen Pilzen das Bewusstsein ein bisschen vernebelt haben? ... Noch ein schönes Thema – als Beispiel, wie abstrus das werden kann: Stellen Sie sich vor, Sie haben eine nette, freundliche Hauskatze, die liegt vor Ihnen und schnurrt. Das arme Tier hat jetzt ein Problem: Durch Dosenfutter und Katzenstreu werden etwa 2,2 Tonnen CO₂ im Jahr erzeugt – mehr als ein Heizpilz verursacht. [Beifall und Heiterkeit bei der FDP] Was machen Sie mit Ihrem Detailfimmel in diesem Fall? Machen Sie jetzt Postkartenkampagnen gegen die Giftkatzen, oder fordern Sie ein Katzenreduktionsprogramm, nach dem Motto: Katzen schlachten für den Klimaschutz, oder lieber gleich ein radikales Katzenverbot innerhalb des S-Bahnringes, oder was kommt sonst? [Beifall bei der FDP]“



(bvs/au) Der OV Wedding kann seinem Mitglied **Jürgen Starnick** (Foto) zum 70-sten Geburtstag gratulieren. Professor Starnick wurde 1986 zum Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz berufen, nach Diepgens Wahlniederlage 1989 schied er aus dem Amt und widmete sich wieder der Wissenschaft, wurde 1990 für die FDP in den Bundestag gewählt. Seit 1994 ist er wieder ausschließlich als Wissenschaftler tätig. Und der OV Wedding kann noch einen weiteren 70-sten Geburtstag feiern, **Hella Lundkowski** ist die Jubilarin – ihr Ehemann, unser Bürgerverordneter **Peter Lundkowski**, kann derzeit 40 Jahre Mitgliedschaft in der Partei der Freiheit feiern.

(au) Erstmals vergab die CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft) am 14.11.2007 vor 250 Gästen aus Wirtschaft, Verbänden und Politik ihren Ideenpreis, und ein Liberaler wurde geehrt: Den VIKTUS für den besten Jung-Unternehmer sicherte sich **Anton Kerler** (Wilhelmstadt) mit seinem Convenience-Shop-Konzept „Fresh'N'Friends“. Der Prämierter hat seinen Bio- und Frische-Markt in der Kastanienallee angesiedelt, bietet „ein großes Sortiment hochwertiger, regionaler, biologischer und fair gehandelter Produkte“ – und zwar rund um die Uhr, an sieben Tagen in der Woche.

Leserbriefe

Peter Altmiks (OV Oranienburger Tor)

Als ehemaliger Autoeigentümer, der im Oktober 2007 sein Auto ersatzlos verkauft hat und zudem schon seit 11 Jahren mit Rad und Nahverkehr unterwegs ist, könnte mich der Kommentar aus Mitte im letzten Liberal Central („Parkraumbewirtschaftung“ von Martin Liebig) eigentlich unberührt lassen. Die erstaunliche Naivität, mit der den vorgeschobenen Argumenten der Befürworter einer sich ausdehnenden Parkraumbewirtschaftung Glauben geschenkt wird, ist für mich aber verblüffend.

Erstens wissen Gutachter, die von einem Bezirk beauftragt werden, was sie in ein Gutachten zu schreiben haben: Die Einführung der Parkraumbewirtschaftung diene der Reduzierung des Parksuchverkehrs. Keinesfalls seien für den Bezirk finanzielle Gründe maßgeblich, nur verkehrsbezogene Gründe würden beachtet. Zweitens würden durch diese Maßnahme Berufspendler bewogen, auf den (öffentlichen) Nahverkehr umzusteigen – was sich in der Regel nicht bewahrheitet. Auch das Argument, Gewerbetreibende stimmten einer Ausdehnung zu, ist trügerisch. Die zitierten Untersuchungen werden nämlich von den gleichen Gutachtern durchgeführt, die vorher eine Ausdehnung vorgeschlagen haben. Es ist vor allem gar nicht so einfach, die „Abzocke“ auf dem Rechtsweg zu verhindern. Dem Verwaltungsgericht (sic!) liegt zu allererst das Gutachten der Verwaltung vor, welches eine Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung begründet. Es mag sein, dass die Einnahmen hauptsächlich in den Betrieb und die Überwachung der Bewirtschaftung fließen. In der Regel erzielen die Bezirke aber unter dem Strich mehr Einnahmen als Ausgaben. In Charlottenburg-Wilmersdorf waren der Mehrheit der Bevölkerung die wahren Beweggründe bewusst und folglich fand sich eine überwältigende Mehrheit gegen die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung.

Ich hoffe, in Mitte schaut man auch genauer hin. Warum haben wohl ausgerechnet SPD, Linke und Grüne dafür gestimmt? Liberale sollten hier gesunde Zweifel hegen. Unsere Vertreter in der BVV haben das plumpe Manöver durchschaut.



Dagmar Sunkel (BV Steglitz-Zehlendorf)

Hallo Herr Liebig, Ihrem Beitrag kann ich nur zustimmen und hoffe, dass Sie sich für den vorgesehenen Bereich der Parkraumbewirtschaftung durchsetzen können. Dabei ist Ihr Ansatz zur „Besuchervignette und Brötchentaste“ hervorragend und unbedingt umzusetzen. Meine Erfahrungen im Bereich Schöneberg, hinter dem Walther-Schreiber-Platz, ist nur positiv und das schon seit mehreren Jahren. Ich verwaltet dort ein Mehrfamilienhaus. Wenn Mietinteressenten nach der Parkplatzsituation fragten, antwortete ich vor der Parkraumbewirtschaftung mit „ein Parkplatz in dieser Gegend ist ein Lottogewinn.“ Jetzt sind Parkplätze zu finden, da Arbeitnehmer aus der nahen Schloßstr. nicht mehr die Parkplätze besetzen. Anhand unseres Antrages in der

BVV wurde die Brötchentaste in der Steglitzer Schützenstr. installiert und bewährt sich seit ca. 1 1/2 Jahren.

Peter Lundkowski (OV Wedding)

Wieder einmal hat Martin Lindner im Namen der FDP-Fraktion mit seinem Antrag „Berliner Zentralflughafen nach Willy Brandt benennen“ – gemeint ist nicht BBI, sondern Tempelhof – sein polterndes, rauflustiges Gesicht gezeigt und damit nicht nur den politischen Gegner, SPD, beleidigt, sondern auch den politischen Partner, CDU, und die Bürger und Bürgerinnen verletzt, die sich um eine ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung um die Schließung des Flughafens Tempelhof bemühen. Es ist ein Witz, dass dabei die so genannte „überwältigende Mehrheit“ der Berliner und Berlinerinnen in einer Umfrage der Morgenpost als Begründung herangezogen wird! Dieser Antrag, eigentlich ein vorweggenommener Karnevalsbeitrag, reiht sich nahtlos in eine Reihe von ähnlichen Beispielen ein, die nur auf Erhöhung des Ärgerpotenzials ausgerichtet sind. Was wird uns erst erwarten, wenn Herr Lindner Landesvorsitzender werden sollte?

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Termine

Dezember 2007

- 10.12 19.39h OV Wedding: **Weihnachtsfeier** im Opatja-Grill (Müllerstr. 70)
- 11.12 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier** im Oleo Pazzo (Axel-Springer-Str. 55)
- 12.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 14.12 19.30h OV OT: **Weihnachtsfeier** im Kunsthof (Oranienburger Str. 26) mit Nikolausrede von Helmut Metzner
- 18.12 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Diskussionsveranstaltung** „Die Leipziger Straße – Stadtraum mit Entwicklungspotenzial“ – mit Klaus-Peter Lüdeke MdA – im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)

Januar 2008

- 08.01 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 09.01 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 21.01 15.00h OV Gendarmenmarkt: **Besichtigung des Bundespräsidialamtes und des Schloss Bellevue** – Spreeweg 1, Treffpunkt: Wache der Bundespolizei, Info und Anmeldung bei PS-liberta@gmx.de
- 27.01 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 30.01 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich

Wie viele andere Angebote aus der Frühzeit des Internets war auch die im Jahr 1999 gestartete Diskussionsplattform www.liberalis.de der BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf in die Jahre gekommen. Zum achten Geburtstag spendierte die BVV-Fraktion der Seite neben einer neuen übersichtlichen Struktur ein spamsicheres Diskussionsforum, das seither durch den Moderator Hans-Jörg Glock (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) betreut wird.

Neben dem öffentlichen Bereich bietet www.liberalis.de auch Raum für innerparteiliche Diskussionen. In den Archiven findet man viele Debatten liberaler Politik aus den vergangenen Jahren.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.